



Von der Revolution zur Kontinuität – Wahlen in Bolivien

ANJA DARGATZ
Oktober 2014

- Nach vorläufigen Hochrechnungen wurde Evo Morales mit 59,7 Prozent vom Movimiento al Socialismo (MAS) als Präsident im Amt bestätigt. Während der MAS in der Länderkammer die Zweidrittelmehrheit behaupten konnte, hat er sie in der Abgeordnetenkammer möglicherweise um fünf Prozent verpasst. Mit 25,1 Prozent der Stimmen verzeichnete Morales' Kontrahent Samuel Doria Medina vom Bündnis Unidad Democrática einen Achtungserfolg.
- Die Bilanz der Regierungen Morales fällt gemischt aus, doch für die Wähler_innen zählt die makroökonomische und politische Stabilität Boliviens der letzten Jahre.
- Die schwache Opposition hat dem *proceso de cambio* wenig entgegenzusetzen, während der MAS und Evo Morales den politischen Mainstream derzeit am überzeugendsten verkörpern.
- Der Erfolg gründet sich auf hohe Rohstoffpreise, die der Regierung Spielraum für öffentliche Politiken geben. Doch ohne strukturelle Wirtschafts- und Sozialreformen wird die Popularität sinken, sobald der aktuelle Boom vorüber ist.

Die bislang stockend verlaufende, offizielle Auszählung bestätigt die Tendenz der ersten Hochrechnung. Die vorläufigen Hochrechnungen des Fernsehsenders ATB am Abend des 12. Oktober zeigen folgende Tendenz: Mit 59,7 Prozent hat Evo Morales der Präsidentschaftskandidat des Movimiento al Socialismo (MAS), die Wahlen in Bolivien gewonnen. Sein Konkurrent Samuel Medina vom Bündnis Unidad Democrática erreichte einen überraschenden Achtungserfolg von 25,1 Prozent. Während der MAS in der Länderkammer die Zweidrittelmehrheit behaupten konnte, hat er sie in der Abgeordnetenversammlung möglicherweise um fünf Prozent verpasst. Unmittelbar nach Ende der Wahlen bezeichnete ein Vertreter der internationalen Beobachter_innen von der Union Südamerikanischer Nationen (UNASUR) deren Verlauf als »normal« und lobte die konsolidierten Mechanismen bei der Durchführung. Nach den Wahlen zeigten sich Defizite im elektronischen Auszählsystem der obersten Wahlbehörde. Die offizielle Auszählung geht sehr viel langsamer als erwartet, was angesichts der Gemeindevahlen 2015 dringend verbessert werden muss, so die Kritik der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS). Doch das Ergebnis der Präsidentenwahl ist zu eindeutig, um davon maßgeblich beeinflusst zu werden: Zum dritten Mal in Folge wird Evo Morales wiedergewählt.

Wie alles anfing

Als Evo Morales und der MAS im Jahr 2005 in die Regierung gewählt wurden, war das Land reif für einen Wechsel. Die »paktierte Demokratie« (*democracia pactada*), in der sich die traditionellen Parteien gegenseitig abwechselten und am Ende die Konsensgebundenheit wirkliche Reformen verhinderte, hatte abgewirtschaftet und mit ihr die verantwortlichen Akteure. Der MAS wurde in seiner jetzigen Ausrichtung 1995 gegründet, als »politisches Instrument der sozialen Bewegungen«, nicht als politische Partei. Er ist das Sprachrohr sozialer und indigener Bewegungen wie der Kleinbauerngewerkschaft Confederación Sindical Única de Trabajadores Campesinos de Bolivia (CSUTCB), der Frauenorganisation der Indígenas Bartolina Sisa, der Indígena-Organisation Confederación de Pueblos Indígenas de Bolivia (CIDOP) und der die ins Tiefland imigrierten Indígenas des Altiplano vertretenden Confederación Sindical de Comunidades Interculturales de Bolivia (CSCIB).

Soziale Bewegungen haben zwar schon immer eine wichtige politische Rolle in Bolivien gespielt, doch der Griff zur institutionellen Macht war ihnen bis dahin verwehrt worden. Nach jahrelanger politischer Aufbauarbeit und (Wahl-)Kampf war 2005 der MAS konsolidiert und das alte System so diskreditiert, dass es keine Mehrheit mehr hinter sich vereinigen konnte. Mit dem Koka-Gewerkschafter Evo Morales gab es einen Präsidentschaftskandidaten, der in den sozialen Bewegungen und auch im linken bürgerlichen Spektrum mehrheitsfähig war: Die gewählten Revolutionäre lösten einen radikalen Eliten- und Paradigmenwechsel im Land aus – in seinen Ausmaßen der nationalen (linkspopulären) Revolution von 1952 durchaus gleichzusetzen. Indigene und Kleinbauern forderten die weiße Mittel- und Oberschicht heraus, indem sie Regierungs- und Parlamentsposten übernahmen, indigene Lebensweisen (Sprachen, Medizin, Landrecht, Justiz) staatlich anerkannt sowie die Einnahmen der natürlichen Rohstoffe, vor allem aus dem Gassektor, verstaatlicht und umverteilt wurden. Der Kampf gegen die extreme Armut rückte auf der Regierungsgaganda nach ganz oben.

Das Resultat: Im Jahr 2014 sagen 70 bis 80 Prozent der Bolivianer_innen, dass Bolivien »auf einem guten Weg« sei. Während in benachbarten Ländern die linksprogressiven Regierungen, die in den Anfängen der 2000er Jahre mit der »linken Welle« gewählt wurden, um ihre Mehrheiten kämpfen müssen – wie in Brasilien, Uruguay oder Venezuela –, steht die Regierung Morales zwar auch einer Reihe (teils schwerer) innenpolitischer Konflikte gegenüber, doch diese haben nie die Regierung selbst infrage gestellt. Das erklärt sich durch die anhaltende Stabilität im Land und durch die Schwäche der Opposition, die dem Leitbild des *proceso de cambio*, dem Schlagwort des MAS für den sozialen und wirtschaftlichen Wandel, wenig entgegenzusetzen hat.

Revolutionäre als Garanten für politische und wirtschaftliche Stabilität

Derzeit erlebt Bolivien eine Phase der relativen politischen Stabilität. So ist trotz des radikalen Elitenwechsels das Land stabil und regierbar geblieben. Einmalig in der Geschichte Boliviens, wurde ein Präsident dreimal demokratisch wiedergewählt. Die hohe Fluktuation, die anfangs in den Kabinetten von Evo Morales üblich war, hat sich auf ein Minimum reduziert. So wurde 2014 lediglich eine

Ministerin ausgewechselt. Durch die bisherige Zweidrittelmehrheit und die hohe Loyalität der Abgeordneten gegenüber der Bewegung konnte die Regierung weitgehend konfliktfrei durchregieren: Als das Parlament im Frühjahr das Bergbaugesetz zurückwies, weil es nicht verfassungskonform war, stellte das ein Novum dar. Den bei ihrer ersten Wiederwahl 2009 dominierenden Konflikt mit der Wirtschaftsmetropole Santa Cruz und den dort ansässigen Unternehmer_innen hat die Regierung durch politische und wirtschaftliche Eingliederung beruhigt. So stimmten in Santa Cruz bei den aktuellen Wahlen 50,7 Prozent für Evo Morales.

Soziale Proteste sind weiterhin an der Tagesordnung, beschränken sich aber auf bestimmte Interessengruppen. Nationale blutige Proteste wie 2003 der »Gaskrieg« oder 2000 der »Wasserkrieg« gegen die Privatisierung dieser Gemeingüter scheinen der Vergangenheit anzugehören. Und: Die Stabilität hat mit Evo Morales ein Gesicht. Der von großen und kleinen Skandalen geprägte politische Alltag verschont auch die Spitze des MAS nicht, wie zuletzt die Affäre um die Auftragsvergabe an Familienangehörige des Vizepräsidenten Garcia zeigte. Doch Evo Morales entgeht solchen schmutzigen Angriffen bzw. sie werden geschickt von ihm abgehalten. Seine gelegentlichen sexistischen und homophoben Äußerungen werden als Ausrutscher gewertet und beeinträchtigen nicht sein positives Image. Aus dem Wahlkampf hat er sich weitestgehend herausgehalten, um keine Angriffsfläche zu bieten – angesichts der positiven Umfragewerte eine vernünftige Taktik.

Wirtschaftlich profitiert Bolivien von den anhaltend hohen Rohstoffpreisen, aber auch von der vorsichtigen Politik des Wirtschaftsministers Arce, einem Technokraten, auf den die Regierung seit 2006 setzt, wissend, dass die Bevölkerung wirtschaftliche Sicherheit und Wohlstand erwartet. Seit dem Jahr 2006 hat die Regierung durch Steuererhöhungen und Nationalisierungen die Staatseinnahmen um 460 Prozent erhöht – das gibt ihr Spielraum für öffentliche Politiken. Diese konzentrieren sich auf sichtbare Infrastrukturprojekte und soziale Boni, um die Armut zu verringern: 33 Prozent der Bevölkerung profitieren von den Zahlungen. Strom, Gas und Benzin sind stark subventioniert. Die extreme Armut wurde während der Amtszeit von Morales um 50 Prozent auf 20 bis 25 Prozent gesenkt. Der Mindestlohn hat sich knapp verfünffacht. Die Inflation bleibt stabil bei fünf bis sechs Prozent pro Jahr, das jährliche Wachstum liegt zwischen

vier und fünf Prozent. Bolivien gehört weltweit zu den Ländern mit den höchsten Devisenreserven (1400 US-Dollar pro Kopf, 60 % des Bruttoinlandsproduktes).

Diese konservative Wirtschaftspolitik, gepaart mit maßvollen Sozialprogrammen, führt zu greifbaren Resultaten für die Bevölkerung. Damit unterscheidet sich Bolivien wesentlich vom wirtschaftlich gebeutelten Venezuela. Die Bolivianer_innen zeigen mit ihrem Wahlverhalten, dass sie diese Form der Stabilität wünschen.

Die andere Seite der Medaille

Zieht man Bilanz der Regierungen Morales, zeigen sich zwar eine Reihe unerfüllter Versprechen und Widersprüche, die aber bei der Mehrheit der Bevölkerung die Wahlentscheidung nicht beeinträchtigten: Interkulturalität, Despatriarchalisierung, Deskolonialisierung stehen als Leitlinien in der 2009 per Referendum verabschiedeten Verfassung, werden jedoch von der Regierung eher ignoriert. Das Leitmotiv des *Vivir bien*, des Lebens im Einklang mit der Natur, bleibt eine leere Worthülse, wenn man den Raubbau an der Natur betrachtet. Der Konflikt um den Straßenbau durch das Naturschutzgebiet Territorio Indígena y Parque Nacional Isiboro-Secure (TIPNIS) ist ein Symbol dafür geworden, wie Interessen der Tieflandindigenen verletzt und die verstreut lebenden politisch wenig organisierten Völker gegeneinander ausgespielt werden – statt sie zu stärken und ihre Rechte zu schützen, wie es die Verfassung fordert. Überhaupt geht die Regierung, die mit dem Mandat der indigenen Völker regiert, sehr nachlässig mit dem international ratifizierten Instrument der *consulta previa* um, der Vorabbefragung indigener Völker, die von (Infrastruktur-)Projekten betroffen sind.

Die makroökonomische Stabilität mag bemerkenswert sein, doch an der prekären Arbeitsmarktlage hat sich bislang nichts geändert (geschätzter Grad der Informalität: 70 %). Der fehlende Zugang zu Arbeit wird derzeit durch privaten Bergbau, Kokaanbau und informellen Handel ausgeglichen. Kaum vom Staat kontrolliert, können dort Menschen mit wenig Chancen auf dem formellen Arbeitsmarkt ein gutes Einkommen finden – das bremst derzeit noch den sozialen Druck. Die autoritären Tendenzen der Regierung sind ebenfalls nicht zu übersehen: Die Entscheidungsmacht des MAS wird immer wieder durch die Präsidentschaft herausgefordert und es gibt

Befürchtungen, dass sich eine Machtclique herausbildet, die keinen Rückhalt mehr an der Basis hat.

Der Vizepräsident hat die vom CSUTCB-Vorsitzenden Damian Condori ausgerufene Kontrolle ihrer Mitglieder bei der Stimmabgabe während der Wahl begrüßt. Interne Kritik wird als illoyal gesehen, Abweichter_innen werden euphemistisch als »Freidenker« deklariert. Auch das Argument, um trotz verfassungsmäßiger Begrenzung einen weiteren Wahlantritt zu legitimieren – der Verzicht auf eine Wiederwahl stehe lediglich in den begleitenden Protokollen, somit zähle durch die Neugründung des plurinationalen Staates 2009 als erste Wahl – ist nicht von der Hand zu weisen, zeugt aber von eindeutigen Machtstreben.

Eine rationale Wahlentscheidung, keine unkritische

Die grundsätzliche Zufriedenheit bedeutet nicht, dass die Wähler_innen dem *caudillo*, dem charismatischen Anführer, unkritisch folgen: 85 Prozent der Bevölkerung sagen, dass Evo Morales bei den kommenden Wahlen nicht wieder antreten soll – mit regionalen Unterschieden haben 48 bis 66 Prozent für Evo Morales gestimmt, 2009 gewann er mit 64 Prozent. Von den Nicht-Morales-Wähler_innen sind 20 Prozent im Kern überzeugte Morales-Gegner_innen, das heißt: Knapp die Hälfte des Landes steht nicht vollständig hinter der jetzigen Regierung. Es ist allerdings unwahrscheinlich, dass dies zu einer Polarisierung wie in Venezuela und Ecuador führen wird. Das bedingt nicht nur die geteilte Opposition: Grundsätzlich ist in einem korporatistisch strukturierten Land wie Bolivien eine Blockbildung schwierig. Verbände, Gewerkschaften, Vereinigungen (Kleinbauern, Indigene, Gemeinden etc.) bestimmen den politischen Alltag – das macht kohärentes Regieren kompliziert, behindert aber auch die Bildung zentraler Machtmonopole. Bolivien hat nicht einen *caudillo*, sondern viele.

Die Opposition: Warum die Kopie, wenn das Original zur Wahl steht?


Angesichts dieser Bilanz ist es für die Opposition unmöglich, sich als die bessere Alternative darzustellen. Der *proceso de cambio*, den MAS mit Morales an der Spitze angestoßen hat, ist unantastbar. Es wäre politi-

scher Selbstmord, den Eliten- und Paradigmenwechsel in Gestalt des Emanzipationsprozesses der sozialen und indigenen Bewegungen sowie der wirtschaftlichen Umverteilungspolitiken infrage zu stellen. Damit bleibt der Opposition lediglich die Möglichkeit, sich als den »besseren Wandel« darzustellen – womit ungleich schwerer zu punkten ist, wenn sich der MAS als Gestalter des Prozesses präsentieren kann.

Hinzu kommt, dass die politische Rechte in Bolivien komplett ausgedient hat. Als der Kandidat vom unternehmerfreundlichen Bündnis Unidad Democrática, Samuel Doria Medina, im Wahlkampf vorschlug, die Gewinne aus Rohstoffen fünfzig zu fünfzig zwischen Staat und privatem Investor aufzuteilen (aktuell: 80 % Staat, 20 % privat), löste dies landesweite Empörung aus. Selbst der Kandidat der Christdemokrat_innen Jorge Quiroga schlägt umfassende Beteiligungen der Bürger_innen an Unternehmen vor. Für klassische konservativ-rechte und liberale Politik ist in Bolivien kein Raum, zu groß ist das Trauma der rechten Diktaturen und neoliberalen Reformen der Vergangenheit. So müssen sich die Oppositionskandidat_innen das linke Spektrum teilen, was ihre Profilierungsmöglichkeiten noch weiter einschränkt.

Als drittes Hindernis steht die Strategie des MAS, Abweichter_innen einzubinden – auch auf die Gefahr hin, sein Profil als indigene, kleinbäuerliche Bewegung zu verlieren. So erklärt sich, dass einige Kandidat_innen, die durch massive Kritik am MAS und seinen Entscheidungen aufgefallen waren, auf Listen des MAS kandidierten. Ein gewichtiger Akteur ist dabei der gewerkschaftliche Dachverband, aber auch viele lokale politische Akteure. In diesem Jahr konnten sich zum ersten Mal individuelle Mitglieder bei MAS registrieren lassen – vorher existierte eine Mitgliedschaft ausschließlich über die Zugehörigkeit zu einer der konstituierenden Organisationen. Diese Entwicklung des MAS zu einer breiten Volksbewegung gräbt der Opposition zusätzlich das Wasser ab.

Die Oppositionskandidaten sind altbekannt: Entweder »hatten sie ihre Chance« (wie der Expräsident Jorge Quiroga, 9,6 %) oder sie gelten als uncharismatisch (Samuel Doria Medina 25,1 %, Juan del Granado 2,9 %). Die einzige Partei, die mit Fernando Vargas als Kandidat ein neues Gesicht und neue Ideen präsentiert, bleibt mit 2,7 Prozent chancenlos: »Los Verdes«, die »Grünen«, die aus der TIPNIS-Bewegung hervorgegangen sind und für Umweltthemen und Indigenenrechte eintreten. Im



Parteienspektrum Boliviens fehlt eine grüne Partei. Die extreme Umweltverschmutzung und Nichtachtung indigener Rechte vor allem im Tiefland macht sie politisch relevant, doch derzeit nicht mehrheitsfähig.

... und immer so weiter?

Es ist eindeutig: Im Gegensatz zu 2005 will Bolivien 2014 keinen Wandel. Die Wähler_innen wollen auch nicht die Revolution vor dem Angriff aus Santa Cruz schützen, wie es 2009 der Fall war. Sie wollen das Gewonnene bewahren. Genau dies ist in dem Moment gefährdet, in dem die Rohstoffpreise fallen. Wenn die neue Regierung Morales den aktuellen Boom nicht für nachhaltige Strukturveränderungen nutzt, wird sie die hohe Zustimmung verlieren. Für eine Zeit nach dem Rohstoffboom braucht Bolivien arbeitsplatzschaffende Industrien, eine strategische Bildungspolitik, eine progressive Steuer- und Subventionspolitik sowie den Ausbau eines nachhaltigen Sozialsystems. Wenn die Regierung wirklich am Machterhalt interessiert ist, sollte sie zügig entsprechende Reformen angehen, denn: Wehe dem, der an der Macht ist, wenn einst Gewonnenes wieder zerrinnt.

Der MAS und Evo Morales stehen heute an einem Scheidepunkt: Bleiben sie Revolutionäre, im positiven Sinne, und treiben den Wandel voran? Oder führen sie den jetzigen Konsolidierungskurs fort und etablieren sich als neue Machtelite? Bleibt der MAS das politische Instrument der sozialen Bewegungen oder wird er zur reinen Machtbasis für Evo Morales? Der aktuelle Stabilitätskurs ist durchaus sinnvoll, wenn er die Akzeptanz der Regierung stärken soll, etwa in der bürgerlichen Mittelklasse, um das eigentliche Projekt des *proceso de cambio* nach den Wahlen stärker vorwärtszutreiben. Dient der Kurs allerdings zur Verfestigung der neuen Elite, wiederholt sich für Bolivien die Geschichte – nur diesmal mit anderer Hautfarbe und anderem ideologischen Anstrich.



Über die Autorin

Anja Dargatz ist Landesvertreterin der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bolivien.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Lateinamerika und Karibik
Hiroshimastraße 17 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Svenja Blanke, Leiterin des Referats Lateinamerika und Karibik

Tel.: ++49-30-269-35-7484 | Fax: ++49-30-269-35-9253
www.fes.de/lateinamerika

Bestellungen/Kontakt:
info-lak@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.